

### Sonntag ohne Auto

Der Tag ohne Auto, der seit einigen Jahren am 22. September in mehreren europäischen Städten stattfindet, bürgert sich auch in Luxemburg immer mehr ein - zum Leidwesen allerdings der Autolobby, die auch nicht einen Tag im Jahr auf ihr Auto verzichten möchte. Vorige Woche wurde die zuständige Gemeinderatskommission der Stadt Luxemburg über ein Rundschreiben des Umweltministers Charles Goerens an die Gemeinden informiert. Darin weist dieser nicht nur darauf hin, dass aus dem Tag mittlerweile auf europäischer Ebene schon eine ganze Woche geworden ist, während der eine Vielfalt an Sensibilisierungsmaßnahmen für alternative Mobilitätsformen vorgestellt werden sollen.

Goerens schlug den Gemeinden auch vor, nicht den auf europäischer Ebene festgelegten 22. September, dieses Jahr ein Montag, zum autofreien Tag zu erklären, sondern den 21. September. Das wäre wie voriges Jahr wieder ein Sonntag - und dürfte all jenen in den Kram passen, die keinen größeren Aufwand in Sachen öffentlicher Transport an diesem Tag betreiben möchten. Staatssekretär Eugène Berger (DP) beteuerte zwar am vergangenen Dienstag im Parlament, dies sei nur ein Vorschlag gewesen. De facto wird sich ihm aber kaum eine Gemeinde entziehen können, sogar wenn sie wollte. Denn welche Gemeinde möchte an einem anderen Tag autofrei feiern als ihre Nachbargemeinden?

### Zuckerbohnen für die Zivilgesellschaft

Auch bei seiner abschließenden Sitzung rang sich der Konvent nicht mehr zu größeren Änderungen am Text zum europäischen Verfassungsvertrag durch. Für die Umweltorganisationen wird es ein kleiner Trost sein, dass auf Vorschlag des deutschen Außenministers Joschka Fischer der Euratom-Vertrag eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten hat und damit nicht den Status eines Bestandteils des Verfassungsvertrag bekommt. Was die Nichtdiskriminierungsmaßnahmen gegenüber benachteiligten Bevölkerungsgruppen betrifft, so kam das Präsidium den zahlreichen Anträgen und Interventionen, hier die Einstimmigkeitsregel zu streichen, in dem Sinne nach, dass auch europäische Gesetze und Rahmenbeschlüsse in diesem Bereich geschaffen werden können. Bei diesen gilt dann aber die Mehrheitsregel. Damit ist im Politikbereich der Antidiskriminierung wieder etwas Spielraum entstanden.

Für Luxemburg interessant ist zudem, dass auf Initiative des Sozialisten Ben Fayot der Konventspräsident prüfen lassen wird, ob analog zu den anderen Mitgliedstaaten, die eine Version des Verfassungstextes in ihrer Nationalsprache erhalten sollen, auch eine Textversion in Luxemburgisch verfasst werden kann.

### Neues Pestizid-Verbot

110 Substanzen, die in Pestiziden vorkommen, müssen bis Dezember 2003 vom Markt genommen werden. Die EU-Kommission kündigte dies am Dienstag an und kam damit einer langjährigen Forderung von Umweltorganisationen nach. Für die genannten Substanzen lägen die für eine Zulassung notwendigen Daten nicht vor, so die Kommission in einer Mitteilung. Seit 2001 müssen Hersteller, die ein Pestizid in der EU vertreiben wollen, Unterlagen liefern, die beweisen, dass ihr Produkt die in der EU geltenden Sicherheitsbestimmungen erfüllt. Da diese Beweise für die 110 Substanzen nicht vorliegen, wird ihnen nun die Zulassung entzogen.

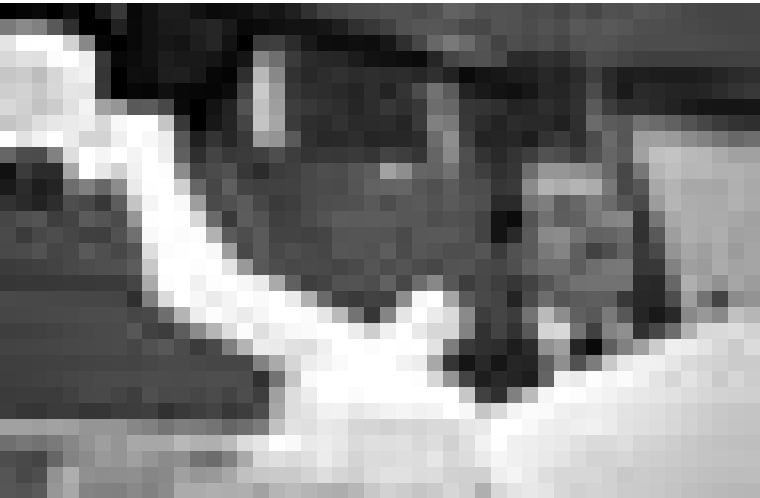
Bereits im Juli 2002 hatte die Kommission angeordnet, dass 320 aktive Substanzen aus Pestiziden bis Juli 2003 vom Markt verschwinden müssen. Insgesamt werden die Beschlüsse der europäischen Behörde nun dafür sorgen, dass mehr als 50 Prozent der üblichen Wirkstoffe, die seit 1993 auf dem Markt waren, verschwinden. Die Evaluierung aller Substanzen soll aber erst bis Ende 2008 abgeschlossen sein.

### EUROSTAT

## Déjà-vu in Brüssel

**Es gibt sie immer noch: Die Betrugsskandale in der Europäischen Union. Und die Kommission, so zeigt die Eurostat-Affäre, hält immer noch nicht allzu viel von schnellen Ermittlungen.**

(dw) - Seit Wochen war die EU-Kommission unter Druck. Am Montag kam nun das erste öffentliche Bekenntnis: Die Ermittlungen hätten ergeben, dass "ernsthafte Fehler in einem viel größeren Ausmaß als ursprünglich angenommen gemacht wurden". Bislang standen Top-Manager des statistischen Amtes Eurostat der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg unter Verdacht, rund 900.000 Euro auf ein geheimes Bankkonto in Luxemburg umgeleitet zu haben. Den neuesten Informationen nach war das jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich sollen Millionen Euro veruntreut worden sein. "Es sieht so aus, als hätte es eine relativ weit verbreitete Praxis bei Eurostat gegeben, unrechtmäßige Reserven über eine größere Anzahl von Verträgen mit verschiedenen Partnern



Romano Prodi unter Druck

anzulegen", so der Bericht der Kommission. Die Vertragssummen seien künstlich erhöht worden, das überschüssige Geld sei dann von den Firmen verwaltet worden, bei Eurostat habe es dafür eine geheime zusätzliche Buchführung gegeben.

Als erste Konsequenz wurde am Mittwoch der Generaldirektor von Eurostat, Ives Franchet, zusammen mit sechs anderen Direktoren vom Dienst suspendiert. Gegen drei von ihnen wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Suspendiert wurden ebenfalls alle 58 Verträge mit der französischen Firma "Planistat". Die eingeleiteten Maßnahmen seien "drastisch und schmerzhaft", jedoch unumgänglich, so Kommissionspräsident Romano Prodi.

Die Veruntreuung der EU-Gelder muss den jüngsten Untersuchungsergebnissen nach seit Jahren stattgefunden haben. Die Kommission sei erstmals im Jahre 1997 über Unregelmäßigkeiten informiert worden, räumte der Vizepräsident der EU-Kommission, Neil Kinnock, ein. "Es ist heute unmöglich zu sagen, wie viel Geld verschwunden ist und ob der Grund in persönlicher Bereicherung liegt", so Kinnock am Mittwoch vor der Presse. Man habe jetzt jedoch eindeutige Beweise in der Hand. Dienstag Abend fand in den Räumen des Eurostat eine Hausdurchsuchung statt, dabei wurde umfangreiches Archivmaterial beschlagnahmt.

### Millionen Euro umgeleitet

Der Fall habe gewisse Ähnlichkeiten mit dem Korruptionsskandal, der die Santer-Kommission im Jahr 1999 zu Fall brachte, gab der Präsident des Euro-

paparlaments, Pat Cox, zu bedenken. Die Probleme geben ihm das lästige Gefühl eines Déjà-vu. Romano Prodi, der Jacques Santer bekanntlich 1999 als Kommissionspräsident ablöste, hatte damals "zero tolerance" in Sachen Betrug angekündigt. Bislang sah man jedoch offensichtlich keine Notwendigkeit, gegen die illegalen Praktiken bei Eurostat, die seit 1999 bestehen, durchzugreifen. Darüber, dass die Kommission so lange Zeit brauchte, bevor sie aktiv wurde, schüttelt nun so mancheR ParlamentarierIn den Kopf.

Inzwischen warf der Chef-Rechnungsprüfer der EU-Kommission, Jules Muis, seiner Behörde mangelnden Reform- und Aufklärungswillen vor. Er habe eine umfangreiche Untersuchung durchführen wollen, so Muis am Dienstag gegenüber der Financial Times. Doch die Kommission habe seinen Spielraum deutlich eingeschränkt. Muis spricht von einem Kampf, die Kommission "vom 19. ins 21. Jahrhundert zu bewegen" und will nun früher als geplant, im April kommenden Jahres, sein Amt niederlegen.

Ein Team von 20 MitarbeiterInnen soll nun das "Office européen de lutte anti-fraude" (Olaf) bei den Ermittlungen unterstützen. Unabhängig davon ermitteln die französischen und Luxemburger Behörden. Schließlich soll eine französische Firma in die kriminellen Handlungen verwickelt sein. Die geheimen Konten auf die das Geld transferiert worden sein soll, befinden sich im Großherzogtum.

### RASSISMUS

## Mehr Sensibilisierung nötig

**Dass auch das Einwanderungsland Luxemburg von Rassismus und Intoleranz nicht verschont bleibt, stellt eine EU-Studie erneut fest.**

(ik) - Luxemburg hat Fortschritte in der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz im eigenen Land gemacht. Zu diesem Ergebnis kommt der zweite Länderbericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Ecri). Seit der ersten Länderstudie im Jahre 1996 habe Luxemburg verschiedene Rechtsnormen eingeführt, die rassistisches oder diskriminierendes Verhalten unter Strafe stellen sowie eine staatlich unabhängige, beratende Menschenrechtskommission einberufen, loben die Autoren. Gewalttätige, rassistische Übergriffe seien äußerst selten, und auch nach dem 11. September habe es nichts dergleichen gegeben. Soweit die guten Nachrichten.

Doch der Rassismus ist damit noch lange nicht ad acta zu legen. So kritisiert die Ecri neben der langsamen Umsetzung und zögerlichen Anwendung von anti-rassistischen Gesetzen insbesondere den Alltagsrassismus. "Zu viele Vorurteile und xenophobe Stereotypen" seien in der Bevölkerung weiterhin allgemein verbreitet und könnten zu "Diskriminierung im Erwerbs- und Wohnungssektor" führen, schreibt die Ecri den LuxemburgerInnen ins Stammbuch.

Selbst Behörden scheinen vor latentem Rassismus nicht gefeit: Der 24-seitige Bericht nennt die

Art und Weise, wie einige öffentliche Beamte offenbar mit ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen verfahren, als "nicht immer befriedigend" .

### Antirassismus-Training für Beamte

Leider geht der Bericht nicht mehr ins Detail, weder werden die konkreten Vorfälle beschrieben, noch die entsprechenden Behörden genannt. Die Beschwerdestelle der Polizei habe zwar in den vergangenen Jahren eine stetig wachsende Anzahl von Klagen über missliches Benehmen von PolizeibeamtInnen entgegen genommen, gleichwohl sei die Zahl expliziter Rassismusvorwürfe gering, heißt es auf Seite 18. Lediglich das Familienministerium mit seinem Service für Flüchtlinge ist in dem Bericht erwähnt: Die häufige Fluktuation von MitarbeiterInnen erschwere den KundInnen, neben möglicher Sprachschwierigkeiten, zusätzlich die Kommunikation.

Die zuständige Ministerin Marie-Josée Jacobs bestätigte die beanstandeten Mängel im Gespräch mit der woxx und erklärte sie zugleich mit der Praxis befristeter Verträge im Jahr 2002. Inzwischen aber habe sich die Situation dank definitiver Posten wieder entspannt.

Jacobs unterstrich die Bedeutung von Sensibilisierungsmaßnahmen für öffentliche Bedienstete, ähnlich wie sie bereits mit der luxemburgischen Polizei gelaufen sind. "Wir wollen eine Ausbildung für Ausbilder mit dem BIT (Weltarbeitsorganisation in Genf) organisieren", sagte sie.

Wie zutreffend die Einschätzungen des Länderberichts tatsächlich sind, muss übrigens dahin gestellt bleiben: Nicht nur, dass die Europäische Kommission dem "vertraulichen Dialog" mit den nationalen Regierungen einen großen Stellenwert beimisst und deshalb den GesprächspartnerInnen auf nationaler Ebene den Bericht zunächst zum Gegenlesen vorlegt und Platz für Veränderungsvorschläge einräumt - wengleich sich Anne Goedert zufolge, Mitarbeiterin des für die nationale Koordination des Ecri-Reports zuständigen Außenministeriums, diese zumeist auf "faktische Einwände" und das "Korrigieren von Missverständnissen" oder "falschen Interpretationen" beschränken.

Darüber hinaus ist die Quellenlage nicht sehr transparent. Zwar bezieht sich die Ecri ausdrücklich auf Informationen von RegierungsvertreterInnen, Behördenbedienstete und NGOs, wie diese allerdings gewichtet respektive ob diese noch einmal von unabhängiger Seite aus überprüft werden, darüber äußert sich der Bericht nicht.

